

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 292 - 293. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 292 - 293

# Furchtbare Wetterkatastrophe in Sachsen.

## Die Sächsische Schweiz überschwemmt. - Fast hundert Tote. - Schwere Unwetter in ganz Deutschland.

Dresden, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

In dem Grenzgebiet zwischen dem östlichen Erzgebirge und der Sächsischen Schweiz ereignete sich eine schwere Unwetterkatastrophe, die im Gottleuba- und im Müglitztal sehr schwere Verheerungen anrichtete. Besonders hart wurden die Orte Gottleuba und Berggießhübel betroffen. Viele Häuser sind fortgerissen worden. In Gottleuba wurden bisher sechs Tote geborgen. Besonders schlimm sind die Verheerungen in dem Ort Berggießhübel. Ganze Familien sind in ihren Wohnungen vom Wasser überrascht worden und ertrunken. Bis 10 Uhr vormittags wurden gegen 50 Tote geborgen. Viele werden vermisst.

Das Wasser führt alle erdenklichen Gegenstände mit sich: Automobile, Lastkraftwagen, Möbelwagen, Pferde, Vieh und anderes. Die Eisenbahn wird auf Wochen betriebsunfähig sein, da die Gleise zum Teil fortgerissen sind. Hundert Zentner schwere Eisenmassen und eiserne Brücken sind kilometerweit fortgetragen und weggeschwemmt.

In dem Ort Zwickel ist ein Haus mit sechs Einheimischen und einem Sommergast fortgerissen. Alle sieben Personen sind getötet worden. In dem Ort Kottwernsdorf werden sieben Tote und aus Neundorf neun Tote gemeldet. In Langhennersdorf wurden sechs Tote ermittelte. Außerdem ist auch viel Vieh umgekommen.

In der bekannten Uhrenstadt Glashütte wurde ein Eisenbahnzug von einer Sturzwele der Müglitz überrascht, die auf dem Bahnhof alles mit forttrieb. Die Bahnwagen liegen zum Teil 200 bis 300 Meter weit auseinander. Wie die Reichsbahndirektion mitteilt, sollen Zugpersonal und Passagiere nach längerer Zeit unverletzt geborgen sein.

Im Müglitztal sind die Bahngleise unterspült und zum Teil fortgeschwemmt. Die Straßen sind aufgerissen und die Brücken weggeschwemmt. Die Häuser sind schwer beschädigt. Die Stadt Pirna wurde in der Nacht zum größten Teil überschwemmt, so daß die Feuerwehr die Stadtbewohner zum Räumen der Keller veranlassen mußte. Von verschiedenen Seiten wälzten sich die Wasserfluten in die Stadt. Ein Sportplatz wurde unter Wasser gesetzt.

Die Katastrophe dürfte die von 1897 weit übertreffen. Die Flut stand in der Stadt Pirna einen halben Meter und höher. Auch die Geschäftsstelle unseres Parteiorgans und die Volksbuchhandlung standen unter Wasser. Es wurde aber verhältnismäßig wenig Schaden angerichtet. Auch in der Fabrikstadt Heidenau wurde schwerer Schaden verursacht. Die Maschinenfabrik J. M. Lehmann, sowie die Fabrik von Volkmar, Hennig u. Co. standen heute früh vollkommen unter Wasser. Die Brücken an der Müglitz sind durch die Flut eingestürzt, ebenso sind die Dämme der Müglitz im Gebiet von Heidenau an vielen Stellen fortgespült. Die angrenzenden Straßen sind durch die Wassermengen aufgerissen worden. Aus Königstein in der Sächsischen Schweiz wird uns gemeldet, daß auch im nördlichen Böhmen nahe der sächsischen Grenze das Unwetter sehr verheerend gewirkt haben muß. Die Elbe führte heute früh um sieben Uhr große Mengen von Bäumen, Gestrüpp, Häuserbalken und Vieh mit sich.

### Weitere Meldungen.

Pirna i. S., 9. Juli. (WTB.)

Ein furchtbares über das Gebiet des nordöstlichen Erzgebirges niedergehendes Unwetter führte gewaltige Wassermassen zu Tal, die besonders das Müglitztal auf das furchtbarste heimsuchten. WTB. meldet, daß das Unwetter in Gottleuba und im Müglitztal zahlreiche Menschenopfer gefordert hat. Da die Fernsprechverbindungen zum Teil unterbrochen sind, lassen sich zuverlässige Angaben über die Zahl der Toten noch nicht machen, doch werden von der Amtshauptmannschaft für Berggießhübel 40 bis 50, für Gottleuba 8 Personen als vermisst gemeldet, die größtenteils unter den Trümmern eingestürzter Häuser begraben sind. Auch aus Glashütte und Weesenstein werden mehrere Todesopfer gemeldet. Wie die Reichsbahndirektion mitteilt, sind durch die ungeheuren Regenmengen die Anlagen der von Pirna ausgehenden Nebenbahnen teilweise zerstört worden, so daß der gesamte Verkehr auf diesen Linien eingestellt werden mußte. Der Personenverkehr wird zum Teil durch Autobetrieb aufrechterhalten.

Dresden, 9. Juli. (WTB.) Die Reichsbahndirektion Dresden teilt mit: Auf der Linie Heidenau-Altendorf mußte der Personenzug 2900, der Heidenau gestern 21 Uhr ver-

lassen hatte, in Glashütte zurückgehalten werden. Die Reisenden konnten infolge der plötzlich ungeheuer anschwellenden Müglitz den Zug nur teilweise verlassen. Das gesamte Bahnhofsgebäude wurde drei Meter hoch überschwemmt. Die im Zuge verbliebenen Reisenden konnten erst gegen 1 Uhr geborgen werden. Weder Reisende noch Zugpersonal wurden verletzt.



Zur Unwetter-Katastrophe in der Sächs-Schweiz

### Beileidskundgebung des Reichstags.

Der Reichstag veranstaltete heute sofort nach Eintreffen der Unglücksnachricht eine Beileidskundgebung. Nach der Rede des Abg. Dietrich-Baden zur Zollvorlage unterbrach Präsident Loebe die Verhandlungen und stellte dem lebendigen Hause, das sich von den Plätzen erhebt, die Nachricht von der schweren Wetterkatastrophe mit, die sich in der vergangenen Nacht in Pirna und den benachbarten Orten ereignet hat. Er gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß sich die bisherigen Nachrichten über die Zahl der Opfer nicht in vollem Umfange bestätigen würden. Schweres Unglück sei über viele Familien gekommen, der Reichstag spreche ihnen sein Beileid aus. Der Präsident erklärte, daß er keinen Zweifel daran habe, daß die Behörden alles tun werden, um die schweren Wunden zu heilen, die dieses Unglück geschlagen habe.

### Die Nacht des Schreckens.

Dresden, 9. Juli. (TZ.) Zu der Unwetterkatastrophe, die, wie bereits berichtet, letzte Nacht das Elbetal heimsuchte, werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Die Müglitz ist aus ihrem Bett getreten und die Ufer bieten ein Bild grauenvollster Tragödie. Um 20 Uhr erhielt das Bürgermeisteramt in Glashütte von Lauenstein aus die Mitteilung, daß Hochwasser Gefahr im Anzug sei. Die Feuerwehren waren sofort zur Stelle. Die Müglitz schwoll mit jeder Minute und in 1 1/2 Stunden war die Gefahrenmarke erreicht. Um 23.15 Uhr wurden durch die Müglitz gewaltige Holzmassen angetrieben und kurz darauf kam eine zwei Meter hohe Welle in das Tal gelaufen, die rechts und links und vor sich alles mit sich forttrieb. Kurz vor 24 Uhr war die Verwüstung geschehen, die Katastrophe hatte ihr Ende erreicht.

Vor dem Bahnhof Glashütte steht noch der letzte Zug nach Weiffen-Altendorf, den man glücklicherweise angehalten hatte. Die Passagiere haben in den umliegenden Wirtschaften Unterkunft gefunden. Von der Gewalt des Wassers wurden Telephon- und Telegraphenstangen sowie Bahnwärterhütten mit Streichhölzern umgelichtet und mit fortgerissen. Die

### Der Zollwucher besiegelt!

Der Reichstag nahm heute nachmittag in namentlicher Abstimmung das Zollgesetz mit 278 gegen 134 Stimmen bei einer Enthaltung an. Von der Linken wurde das Ergebnis mit lauten Pfiffrufen begleitet, während die Bloßpartei mit demonstrativem Beifall antworteten.

### Der Reichstag aufgelöst.

Nach Erledigung der Zollvorlage stellte der Präsident einen gemeinsamen Antrag sämtlicher Parteien zur Beratung, wonach die Regierung aufgesordert wird, schleunigst Erwägungen darüber anzustellen, wie den Opfern der Unwetterkatastrophe geholfen werden kann. Die Kommunisten benutzten diese Gelegenheit zur Veranlassung eines Höllenlärms, so daß der Präsident sich genötigt sah, die Sitzung aufzuheben und den Kellertentrat einzuberufen.

Eisenbahnbrücken sind umgerissen und teilweise 50, 100 und 300 Meter weit abgetrieben. Unterhalb des Bahnhofes hat sich die Müglitz ein neues Bett gegraben, Kinder wurden in ihren Wagen von Männern durch das Wasser getragen, Frauen wurden teilweise auf Tragbahnen hinübergeschafft.

In Berggießhübel sind einige Häuser weggeschwemmt. Das Wasser führt noch viel totes Vieh mit sich. Der Wasserstand der Elbe ist stark gestiegen. Auf dem Flusse treiben Hausgeräte und Holzmassen. Teilweise ist der regelmäßige Dampfschiffverkehrsverkehr unterbrochen.

### Veräußerungen der Bureaucratie.

Von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten des sächsischen Wahlkreises erfahren wir über die sächsische Wolkenbruchkatastrophe folgende Einzelheiten:

Die heutige Katastrophe war seit langem voraussehbar, und daß sie nicht verhindert wurde, ist lediglich auf die bürokratischen Widerstände zurückzuführen, die, gestützt auf angeblichen Geldmangel, den von uns seit Jahrzehnten immer wieder geforderten Bau von Staudämmen in den gefährdeten Seitentälern der Elbe verhindert haben. Schon im Jahre 1897 war eine ähnliche Uberschwemmungskatastrophe nach einem Wolkenbruch in einem Nebental, das gleichfalls bei Pirna mündet, entstanden. Damals wurde insbesondere die Ortschaft Weiffen schwer heimgesucht. Zahlreiche Häuser stürzten ein, und es gab über vierzig Tote. Unter dem Eindruck dieses Unglücks wurde der Bau von zwei Staudämmen oberhalb von Weiffen bewilligt und beschlossen. Seitdem ist das Weiffener Tal gesichert. Aber obwohl wir Sozialdemokraten schon damals und seither ununterbrochen den Bau weiterer Talperren forderten, geschah nichts zum Schutze der Einwohner des jetzt betroffenen Gebietes. Dieses ist dadurch besonders gefährdet, daß nach jedem Wolkenbruch auf den Erzgebirgsflüssen die Fluten mit unheimlicher Beschwindigkeit anschwellen und man dort schon wiederholt sehr nahe einer Uberschwemmungskatastrophe war. Das gleiche gilt übrigens für andere Seitentäler der Elbe in der Sächsischen Schweiz, z. B. für das Gebiet zwischen Schweizer Mühle und Königstein, in denen Gewitterbildungen besonders häufig vorkommen, sowie auf dem rechten Elbeufer für das Gebiet von Siebnitz. Außer den im Weiffener Tal gebauten Staudämmen ist in der ganzen Sächsischen Schweiz bisher nicht eine einzige Talperre errichtet worden.

Die bisher als besonders schwer betroffen genannten Ortschaften Gottleuba und Berggießhübel sind von einer Bevölkerung bewohnt, die an sich unter recht kümmerlichen Verhältnissen lebt und in ihrer überwiegenden Zahl die Treue zur Sozialdemokratischen Partei stets bezeugt hat.

### Wetterkatastrophen in ganz Deutschland.

Hirschberg, 9. Juli. (WTB.) Das gestrige Unwetter, das besonders in den Nachmittagsstunden über dem Isergebirge und Riesengebirge tobte und von wolkenbruchartigem Regen begleitet wurde, hat in mehreren Ortschaften verheerend gewirkt. Am schlimmsten wurde Seiferschau betroffen. Drei Scheunen wurden dort von den Wassermassen vollständig weggerissen, mehrere Gebäude unterspült und beschädigt. Sämtliche Brücken im Orte sind zerstört; der Verkehr durch die Ortschaft ist vollkommen gesperret; auch die Lichtleitungen und die Telephonleitungen sind zerstört. Das Wasser stieg in den Häusern bis zu drei Meter Höhe. Ein Geschäft wurde durch Blitzschlag vollständig eingestürzt. Erheblicher Schaden wurde auch in Nieder-Crommnewau, Alt-Chemnitz, Petersdorf, Schreiberhau und Hartenberg verursacht. Opfer an Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Gesamtschaden geht in die Millionen.

Ustar, 9. Juli. (WTB.) Bei dem schweren Gewitter, das gestern abend Südhannover heimsuchte, wurde in Trögen im Kreise Rothheim der Hofbesitzer Schlemme und sein Bruder vom Blitz erschlagen. Sie waren nach einem sogenannten kalten Schlag auf den Hausboden gegangen, um nach dem angerichteten Schaden zu sehen. Da fuhr ein zweiter Blitz in das Haus und tötete beide.

Worbis, 9. Juli. (WTB.) Gestern abend und die ganze Nacht hindurch sind schwere Gewitter auf das Eichsfeld niedergegangen. Die Lichtleitungen wurden beschädigt und die Orte liegen zumeist im Dunkeln. Der wolkenbruchartige Regen richtete auf den Feldern und in den Gärten beträchtlichen Schaden an. In dem hoch gelegenen Dorf Kalkohlsfeld traf ein kalter Blitzschlag die jahrhundertalte Kirche. Ferner wurden durch Blitzschlag verschiedene große Wirtschaftsgebäude, Scheunen und Stallungen zerstört. Schweine und Kleinvieh verbrannten.

Saarbrücken, 9. Juli. (WTB.) In der vergangenen Nacht ging über das Saargebiet ein schweres wolkenbruchartiges Gewitter nieder, das großen Schaden anrichtete. Die Telephonverbindungen nach Strassburg, Nancy, Metz und Paris sind vollkommen gestört.



# Endkampf um den Wucherzoll.

Der Rechtsblock beharrt auf seiner Vorlage. — Letzte Abrechnung im Reichstag.

An seinem letzten Arbeitstag vor den Sommerferien hat sich der Reichstag schon um 10 Uhr vormittags versammelt. Die Tagesordnung ist mit 16 Punkten reichhaltig genug ausgestattet. Der wichtigste steht an erster Stelle: Die Zollvorlagen.

Pünktlich um 10 Uhr eröffnet Präsident Löbe die Verhandlungen. Einige Heiterkeit erregt es, daß der völkische Abgeordnete Hennig heute noch um einen Urlaub von vier Wochen wegen Krankheit nachsucht. Das Gesuch wird, wie üblich, genehmigt.

Dann soll die dritte Lesung der Zollvorlage beginnen. Aber noch ist die Regierungsbank leer, trotzdem es sich hier um die wichtigsten Interessen der breiten Massen des Volkes handelt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hilferding beantragt die Vertagung der Sitzung, bis die vor allem an diesem Gegenstand beteiligten Minister der Ernährung und der Wirtschaft zur Stelle sind. Aber die Rechte hat es eilig: sie will in die Ferien und sie will den Wucherzoll, darum stimmt sie den sozialdemokratischen Antrag nieder.

Die allgemeine Aussprache beginnt; sie war bis zur dritten Lesung vertagt worden, entgegen der sonstigen Übung hat man die Einzelberatung schon bei der zweiten Lesung vorweggenommen. Erster Redner ist der der größten deutschen Partei, Genosse Dr. Herz.

Nach den ersten Sätzen erscheint endlich Herr Schiele, deutschnationaler Ernährungsminister, etwas später auch der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius. Die sachkundigen, mit leidenschaftlichem Ernst vorgetragenen Ausführungen des sozialdemokratischen Redners werden mit größter Aufmerksamkeit aufgenommen, auch auf der jetzt stärker als sonst besetzten rechten Seite. Herr Schiele macht sich einige Notizen für die Regierungserklärung, die mehr als dürftig ausfällt. Die Verteidigung der Wucherpolitik des Bürgerblocks verliert der Deutschnationaler Thomsen.

Zur Zolldebatte, die das Gesetz in dritter Lesung behandelt, erhält als erster Redner das Wort

## Dr. Herz (Soz.)

Die Regierungsparteien haben es nicht für notwendig gehalten, sich gestern an der sachlichen Aussprache zu beteiligen. Ich nehme an, daß sie auch heute eine derartige Absicht nicht haben. Sie, meine Herren, scheinen dies für ein Zeichen der Stärke zu halten. Ich aber sehe darin nichts anderes als den Ausdruck der Verachtung gegenüber dem Volk (Sehr wahr! b. d. Soz. — oho! rechts), um dessen Interessen es sich hierbei handelt, und als eine Bestätigung dafür, daß Sie sich selbst in dieser Lage so unsicher und so unentschlossen fühlen, daß Sie keine Möglichkeit sehen, Ihre Position mit sachlichen Argumenten zu rechtfertigen. Denn darüber kann doch wohl kein Zweifel bestehen, daß diese Zollvorlage nicht aus solchen Erwägungen geboren ist, sondern daß sie den

### politischen Kreis für die Preisgabe von Prinzipien

darstellt. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Wenn man noch einen Bemerkel dafür haben wollte, so haben ihn die Ausschüßverhandlungen erbracht. Das gilt insbesondere von dem Zeitpunkt, den Sie sich für Ihre Zollerhöhungen ausgesucht haben. Selbst der Herr Abgeordnete Lammer hat im Ausschüß erklärt, daß man mit dieser Vorlage ruhig hätte warten können. Sie haben in Genf über den Zollabbau verhandelt, und die deutschen Vertreter haben den Beschlüssen der Genfer Weltwirtschaftskonferenz über den Abbau der Zölle zugestimmt. (Andauernde große Lärme.)

Die Reichsregierung hat sich zweimal feierlich zu diesen Beschlüssen der Genfer Weltwirtschaftskonferenz bekannt. Trotzdem hat sie zu gleicher Zeit als unmittelbare Antwort auf das theoretische Bekenntnis zum Zollabbau hier Zollerhöhungen vorge schlagen.

Niemand kann sich darüber wundern, daß die Welt erneut den Eindruck bekommt, daß die deutsche Politik zweideutig ist (Sehr richtig! b. d. Soz.).

daß sie zwar ein theoretisches Bekenntnis für den Zollabbau ablegt, aber nicht daran denkt, dieses Bekenntnis zu verwirklichen. Neben dem moralischen Schaden, der Deutschland dadurch zugefügt wird, steht aber der materielle. Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß diese zweideutige Haltung Deutschlands die Stellung seiner Unterhändler bei Handelsvertragsverhandlungen weitaus erschweren wird. Das ist um so bedauerlicher, als unsere Lage hierbei ohnehin geradezu hofflos ist. Was ist uns 1925 bei der Schaffung des autonomen Tarifes nicht alles versprochen worden. Die Industriezölle, deren Erbsitz, tante fastlich ja nicht verteidigt werden konnte, sind von Ihnen stets nur unter dem Gesichtspunkt der Verhandlungszölle gewertet worden. Wie aber stehen wir jetzt da?

### Wir stehen handelspolitisch vor einem Trümmerhaufen.

Wie sieht denn die Bilanz unserer Handelspolitik aus? Die wenigen Handelsverträge, die Deutschland seit 1925 abgeschlossen hat, sind für Deutschland außerordentlich ungünstig. Wir den wichtigsten Staaten aber haben wir überhaupt keine Verträge abschließen können, zum Teil befinden wir uns mit ihnen sogar im Zollkrieg. Wir stehen jetzt, 1927, noch dort, wo wir 1925 bei der Schaffung des autonomen Zolltarifs gestanden haben. Wir sind um keinen Schritt weiter gekommen und haben die große, starke Belastung der deutschen Wirtschaft mit Industrie- und Handelszöllen all die Jahre hindurch ganz vergeblich getragen. Die Verhandlungen über den Vertrag mit Kanada sind gescheitert, allein deswegen gescheitert, weil wir uns nicht zu entsprechenden Zugeständnissen bei der Frage des Wehizolles haben verstehen können. (Hört, hört! bei den Soz.) Seit zwei Jahren stehen wir im Handelskrieg mit Polen; der deutsche Export nach Polen ist in dieser Zeit wesentlich zurückgegangen. Der deutsche Osten leidet außerordentlich stark unter diesen Wirkungen. Neben diese augenblickliche Schädigung der deutschen Wirtschaft tritt die Gefahr einer dauernden Schädigung des ganzen deutschen Ostens und der ganzen deutschen Wirtschaft durch diesen lang andauernden Zollkrieg mit Polen; denn je länger der Zollkrieg andauert, um so mehr erleichtern wir damit das Eindringen der konkurrierenden Länder in den polnischen Markt, je länger der Zollkrieg andauert, um so mehr begünstigen wir die Begründung und die Entwicklung der einheimischen polnischen Industrie.

Nir werden bei einem langandauernden Zollkrieg mit Polen mit der Tatsache rechnen, daß dieser für uns ungeheuer wichtige Markt, der fast 10 Proz. unserer ganzen Ausfuhr aufzunehmen imstande wäre, uns künstlich in starkem Maße gedrosselt wird und niemals wieder in allem Maße zu erschließen sein wird.

Sie können sich kein größeres Kränkszeugnis ausstellen, als das, daß das große Deutsche Reich, das so stolz ist auf seine fähige Verwaltung und auf seine staatliche Unabhängigkeit, nicht imstande ist, zu einem Handelsvertrag mit Polen zu kommen, sondern private Hilfe durch die Herren Lammer und v. Raumer in Anspruch nehmen muß. (Sehr richtig! links.) Wir haben aber durch den Zoll-

tarif nicht nur keine Verträge erreicht, wie Sie das damals immer behauptet haben, sondern wir sind auch auf

den hohen Industriezöllen sitzen geblieben.

Wir haben das deutsche Preisniveau künstlich um die Fülle erhöht. Wir haben die Uebermacht der Kartelle verstärkt, die diese Zölle zur Preissteigerung auf dem Inlandsmarkt ausnützen; wir haben die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt geschwächt und seine Verbraucher nicht nur von Lebensmitteln, sondern auch der inneren Erzeugnisse auf das empfindlichste befallen.

Kann sagt man, die hohen Zölle wirken sich ja durchaus nicht voll aus. Redner liefert an Hand der Eisenpreise den Beweis, daß es doch der Fall ist; denn die hohen Eisenpreise — und ähnliche Beispiele lassen sich für andere Industrien anführen — wirken sich in den Preisen aller Erzeugnisse, auch der landwirtschaftlichen, fort. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die von Ihnen (nach rechts) so hoch gepriesene Parität im Zollschuß ist durch Ihr eigenes Verhalten gestört worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie selbst haben ja im Jahre 1925 den hohen Industriezöllen zugestimmt. Sie selbst haben ja den autonomen Zolltarif geschaffen, mit dem Sie jetzt selber getriebelt werden.

Trotzdem hätte ich es nicht für berechtigt, wenn die Reichsregierung sich zur Rechtfertigung ihrer vorgeschlagenen Erhöhung der Zölle auf agrarische Erzeugnisse auf die Genfer Beschlüsse beruft. Denn wer vorurteilsfrei sowohl die allgemeinen Beschlüsse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz wie auch die Beschlüsse der landwirtschaftlichen Kommission betrachtet, wird nicht beitreten können, daß der Zollabbau dort vorgeschlagen, also auch von den deutschen Vertretern gebilligt worden ist, und zwar sowohl für die Industrie wie für die Landwirtschaft, deren Zollschuß nach den Beschlüssen der Genfer Konferenz auf das unentbehrlichste Mindestmaß zurückgeführt werden soll.

Die deutsche Zollpolitik seit dem Jahre 1925 hat nach meiner Ueberzeugung die Krise verlängert und die Krise verschlimmert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Daran ändert auch der in den letzten Monaten eingetretene Rückgang der Erwerbstätigkeit nichts. Eine Massenverwerfung von einer Million Menschen müßte noch als eine ernste Gefahr angesehen werden. Durch den Zollerzoll soll nicht der Inlandsverbrauch erhöht, sondern der Auslandsabfall gestärkt werden.

Auslandsabfall von Zucker aber bedeutet in jedem Fall für Vergangenheit, für Gegenwart wie für Zukunft, daß wir dieses Erzeugnis unter den deutschen Versorgungskosten abgeben müssen. Wir geben also eine — Prämie auf die Erzeugung und die Ausfuhr von Zucker, eine Prämie, die einen Gesamtertrag von 200 Millionen für die ganze deutsche Zuckerzeugung ausmacht.

Diese 200 Millionen müssen von den deutschen Verbrauchern durch hohe Preise getragen werden.

Das ist das typische Beispiel einer antinationalen Wirtschaftspolitik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen selbstverständlich eine starke deutsche Zuckerindustrie, aber wir wollen sie aufgebaut auf einem hohen Inlandsverbrauch. Wir können unseren Verbrauch an Zucker in Deutschland steigern, wenn wir statt der Heraushebung des Zolls die stärkste Herabsetzung der Zuckersteuer, nämlich ihre Beseitigung, vornehmen, eine Preisverbilligung schaffen und damit den Anreiz geben, den Verbrauch auszuweiten.

Dasselbe gilt von dem Kartoffelzoll, den Sie ja in diesem Augenblick verdoppeln wollen, wenn auch erst mit Wirkung vom Ende dieses Jahres ab. Es wird gesagt, der Kartoffelzoll sei eine Maßnahme für den Bauernschutz und zur Förderung der Siedlung geeignet. Wenn auch der Kartoffelbau in überwiegender Weise vom Kleinbetrieb betrieben wird, so sieht doch nach der Statistik die Tatsache fest, daß der handelsmäßige Verkauf der Kartoffeln zum überwiegenden Teil von den Großbetrieben ausgeht, daß die Kleinbetriebe ihre Kartoffelerzeugung selber für Ernährungs- und Futterzwecke brauchen und daß nur die großen Anbauer verkaufen können. Das heißt also:

ein hinaufstreben des Preises, wenn der Zoll wirksam wird, fördert nicht den kleinen Bauern, sondern schädigt ihn;

er nützt nur demjenigen, der über seinen eigenen Bedarf hinaus erzeugt. Deshalb ist die Erhöhung des Kartoffelzolls nicht Siedlungspolitik, sondern ausgesprochene Junkerpolitik. Die Schaffung des Agrarprogramms durch den Kieler Parteitag der Sozialdemokratie hat auch die letzte Möglichkeit für jeden ehrlichen Gegner beseitigt, von einer Bauern- oder Landwirtschaftsfeindlichkeit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland zu sprechen. Im Gegenteil, unsere Haltung legt im Interesse der Bauernschaft, weil ja auch die jüngste Erfahrung gelehrt hat, daß eine vernünftige, den Interessen der Bauernschaft entsprechende Zollpolitik nicht mit der Großindustrie, sondern nur mit der Arbeiterchaft geschaffen werden kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Denn die Ermäßigung der Industriezölle, die eine viel größere Entlastung der bäuerlichen Produktionskosten bringen würde als die Heraushebung des Zolls, werden Sie nie und nimmer mit den Großindustriellen selber erreichen können, sondern nur mit denjenigen Teilen der Bevölkerung, deren Schicksal mit dem Gesamtschicksal der Nation verbunden ist.

Dabei waren wir dafür und werden Sie auch heute erneut vor diese Entscheidung stellen: geht nur die Verlängerung des geltenden Zolltarifs zu machen, für das Spätjahr aber die Entscheidung aufzusparen, erneut zu den Zöllen auf Industrieerzeugnisse und Agrarerzeugnisse Stellung zu nehmen.

## Reichsregierung und Reichsrat.

In Ihrer Vorlage sind zwei Dinge enthalten: Verlängerung des Zolltarifs und Erhöhung einzelner Sätze. Indem Sie beide Dinge miteinander verdoppeln und sich unserem Vorlage widersetzen, die Erhöhung von der Verlängerung zu trennen, berauben Sie den Reichsrat seines Mitbestimmungsrechtes, üben Sie — ich scheue mich nicht, das Wort auszusprechen — eine Exzessivpolitik aus, indem Sie ihm die ganze Verantwortung dafür aufzubürden suchen, daß er, wenn er an seiner ablehnenden Stellung gegen den Kartoffelzoll festhält, dann auch die ganze Verantwortung dafür trägt, daß wir überhaupt keinen Zolltarif haben. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wenn Ihre Position sachlich stark wäre, dann bräuchten Sie solche Mittel nicht. Sie befähigen damit nur, daß der Kartoffelzoll nur ein politisches Geschäft, nur der politische Kaufpreis für Dienste auf anderen Gebieten ist. Das Versprechen der Ermäßigung der Zuckersteuer ist gegeben worden, weil eine Beihilfe durch das Steuerermäßigungs-gesetz vorausgegangen war, und weil die Massenbelastung zu hoch geworden ist. Die Massenbelastung ist von 1913 auf 1925 um 180 Proz. gestiegen, viel stärker als die übrigen Steuern. Wer deshalb an den Absichten festhält, die der Reichstag einstimmig im Frühjahr vergangenen Jahres mit der Zuckersteuer hatte, wird sich heute unserem Antrag auf Beseitigung der Zuckersteuer deshalb nicht widersetzen können.

Lassen Sie mich dem noch einige allgemeine Betrachtungen hinzufügen. Der jetzige Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat die große Schwermut in seiner inneren Politik im Jahre 1924 damit zu rechtfertigen gesucht, daß die großen Fragen der

Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht mit, sondern nur gegen die Sozialdemokratie gelöst werden können.

Die Erfahrungen seit dieser Zeit haben gezeigt, daß der Rechtsblock zu einer nationalen, im Interesse des ganzen Volkes liegenden Wirtschaftspolitik in gar keiner Weise imstande ist.

Was inszwischen auf sozialpolitischem Gebiet geschehen ist, geschah nur deshalb, weil (nach rechts) Sie für 1 vor der Sozialdemokratie haben, weil Sie Konzeptionen auf sozialpolitischem Gebiet für notwendig halten, um Ihre allgemeine politische Existenz aufrechtzuerhalten. (Sehr wahr! bei den Soz. — Nach rechts.) Aber ich frage die Herren vom Zentrum:

Was nützt diese Sozialpolitik, wenn Sie gleichzeitig eine Wirtschaftspolitik treiben, die von Woche zu Woche die Lebenshaltungskosten hinaufreibt, die die Lage der Arbeitermassen erschwert und den Reallohn senkt?

Das allgemeine Urteil über Ihre Politik muß ganz anders lauten, wenn man sich ihre einzelnen Handlungen ansieht. Was haben Sie denn in den letzten Monaten getan? Für die Agrarier haben Sie die Zölle erhöht, für die Unternehmer haben Sie die Reallohnern gesenkt und haben Sie gewisse Steuer-geschenke gewährt; die großkapitalistischen Schuldner haben Sie vor der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber den Sparern bewahrt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Den Hausbesitzern haben Sie einen erhöhten Anteil an der Miete verschafft, für die Fürsten und Standesherren haben Sie freie Bahn für die weitere Ausbeutung des Volksvermögens geschaffen und beispellose Renten auf Grund ständischer Rechtsmittel gegeben. Für die Großpensionäre haben Sie eine Garantie ihrer persönlichen Renten übernommen, trotz hoher Nebenbezüge, trotz Beteiligung an hochoffiziellen Unternehmungen, trotz unzulänglicher Bezüge der Armee, der Kriegspoppe und der Kriegerhinterbliebenen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Sie haben also jede der Gruppen, die Ihnen nahesteht, jede der Gruppen aus den kapitalistischen Kreisen mit irgendeinem materiellen Vorteil bedacht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber die jetzige Regierung hat durch den Herrn Reichspräsidenten die besondere Pflicht auferlegt bekommen, die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen zu wahren. Haben Sie das auch getan? — Ich sage: Nein! Was haben Sie für die Liquidationsgeschädigten, um bei diesen Opfern des Kriegs und der Inflation anzutreten, getan? Die Kriegsbeschädigten warten noch heute auf die angeforderte Verbesserung ihrer Lage. Die Beamten haben statt barem Geld leere Versprechungen erhalten. Für die Arbeiter haben Sie höhere Mieten eingeführt, höhere Preise gefordert und damit ein Sinken der Reallohn konstatiert. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Das ist die Bilanz von 6 Monaten Ihrer Regierungstätigkeit. Sie haben sie mit Erhöhung der Zölle begonnen und beendigen sie mit Erhöhung der Zölle. Sie zeigen damit, daß die jetzige Reichsregierung unter starkem Einfluß der großagrariischen Kreise steht, daß die jetzige Regierung nur eine Regierung gegen das Volk ist und daß eine wahrhaft das Wohl des Volkes fördernde Politik nur möglich ist mit der Sozialdemokratie. (Lebhafte Bravo und Händeklatschen bei den Soz.)

## Die Aussichten der Regierungsparteien.

Hierauf lassen die Regierungsparteien durch den deutschnationalen Abgeordneten Thomsen eine gemeinsame Erklärung abgeben.

Diese stimmt den Zollvorlagen zu und spricht die Erwartung aus, daß die Vorarbeiten zur Schaffung eines neuen Zolltarifs ungesäumt aufgenommen werden. Schweinehaltung und Karriesschub bilden die wirtschaftliche Grundlage der kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe. Die Verschärfung dieser Betriebe sei so fortgeschritten, daß ihr Schutz besonders nötig sei. Auch die Siedlungswirtschaft stütze sich in der Hauptsache auf Kartoffelbau und Schweinehaltung. Daraus ergebe sich die Begründung eines ausreichenden Zollschutzes. Die Erklärung verweist dann auf die schwierige Lage des Obst- und Gemüsebaues sowie des gesamten Kollereiwesens, ferner auf Ueberstände bei der Verteilung des Gefrierfleischkontingents und empfiehlt die entsprechenden Entschlüsse des Ausschusses. Der Zollschuß komme auch der konsumierenden Bevölkerung zugute, da er die Erzeugung steigere und damit die erlösbare möglichst große Unabhängigkeit unserer Ernährung vom Auslande gewähre. Jede Steigerung der Intensität der Landwirtschaft vermehre auch die Nachfrage nach Arbeitskräften. Mit allen Mitteln müsse aber auch die technische Entwicklung der Landwirtschaft gefördert werden.

## Reichsernährungsminister Schiele

das Wort, um auf die Ausführungen des Abg. Dr. Herz zu erwidern. Die Behauptung von einem Gegensatz zwischen der Politik der Reichsregierung und den Beschlüssen der Genfer Weltwirtschaftskonferenz sei schon widerlegt durch die Erklärung der Abgeordneten Lammer und Hermes.

Zu der im Ausschüß angenommenen Entschlüsselung der Regierungsparteien über das Gefrierfleischkontingent erklärte der Minister: Um die Neuverteilung den Bedürfnissen anzugleichen, sei es erforderlich, der Kontingentierung den Verbrauch an zollfreiem Gefrierfleisch im ersten Vierteljahr 1927 zugrunde zu legen.

### 77 Proz. der zollfreien Gefrierfleischmenge werde in 83 Großstädten verbraucht.

und der Konsum sei sehr schwankend. Es wäre deshalb verfehlt, an der früheren Grundlage der Verteilung starr festzuhalten. Für die Neuverteilung am 1. Oktober 1927 solle ein neuer Plan aufgestellt werden. Der Handel mit zollfreiem Gefrierfleisch von Großstädten zu Großstädten sei auszuhalten, damit nur der letzte für die Verteilung der Verkaufsstellen in Frage kommende Verteiler den Zollerlös für das Gefrierfleisch im Anspruch nehmen könne. Die Vermischung von zollfreien Kontingenten mit unverzollter Ware sei zu verbieten, weil sonst eine einwandfreie Preisgestaltung für den Verbraucher nicht gewährleistet sei. Der zollfreie Gefrierfleischverkauf, dürfte keine verzollte Ware führen. Eine Verbindung zweier Kontingente zum Zwecke eines Verkaufsschlusses sei nicht zulässig.

Der kommunistische Abg. Koenen wirt dem Minister Schiele vor, er habe die Verantwortung für die neue Belastung der Arbeiterchaft von sich abgewälzt auf das Zentrum, dessen Vertreter Lammer und Hermes jetzt als Freigewählter für die Zollerhöhung dienen müßten. Das Zentrum habe mit der Zustimmung zu den Zollerhöhungen alles das verleugnet, was Zentrumsgesandte in den Versammlungen der kritischen Gewerkschaften bezeugten.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) betont, das Ziel der Genfer Konferenz müsse besser erreicht werden, wenn man durch Herabsetzung der Industriezölle einen Ausgleich mit den Agrarzöllen sucht, statt umgekehrt, durch Erhöhung der Agrarzölle die Lösung zu suchen. Der Reichswirtschaftsminister habe offen zugegeben, daß die hohen Industriezölle die Produktionsbedingungen der Landwirtschaft verleierte haben.

Die Sitzung wird dann vom Präsidenten Löbe zu einer Beileidskundgebung für die Opfer der Unwetterkatastrophe aufgeföhrt, worüber wir an anderer Stelle berichten. Abg. Febe (Wirtsch. Bgg.) sieht das Ergebnis der Genfer Weltwirtschaftskonferenz in der Forderung der Angleichung der Agrarzölle an die Industriezölle. Dazu sei die Vorlage der erste Schritt. Weiter sei in der Vorlage nicht der schweren Notlage der mitschmerzenden Landwirtschaft genügend Rechnung getragen.

Die Abstimmung über die Zollvorlage ist in den frühen Nachmittagsstunden zu erwarten.



## Die Reform der Ehescheidung.

Anträge des Prof. Kahl.

Die Ehescheidungsreform nimmt jetzt greifbare Gestalt an. Die Beratungen des Rechtsausschusses des Reichstages Mitte Januar dieses Jahres endeten mit der Feststellung, daß der Vorliegende, Geheimrat Dr. Kahl, gebeten wurde, die Anträge zu formulieren, die er zur Ehescheidungsreform zu stellen bereit war. An der Freitagssitzung des Rechtsausschusses hat Dr. Kahl den von ihm formulierten Antrag mitgeteilt. Er lautet folgendermaßen:

Auf Scheidung kann auch dann geklagt werden, wenn aus anderen Ursachen eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses eingetreten ist, daß eine dem Wesen der Ehe entsprechende Fortsetzung der Lebensgemeinschaft nicht mehr erwartet werden kann, und wenn die Ehegatten seit mindestens einem Jahr vor Erhebung der Klage getrennt gelebt haben. Ist die tiefe Zerrüttung vorwiegend auf schuldhaftes Verhalten des einen Ehegatten, das an sich nicht die Scheidung auf § 1568 begründet, zurückzuführen, so kann der andere Ehegatte auf Scheidung klagen. Die Scheidung wird erst ausgesprochen, nachdem die Ehegatten durch endgültigen Vertrag ihre Unterhaltspflicht sowie die Erziehung der unmündigen Kinder geregelt haben. Auf Antrag eines Ehegatten entscheidet darüber das Gericht nach freiem Ermessen.

Genosse Dr. Rosenfeld beantragte darauf, daß der Rechtsausschuß vor dem Wiederausarbeiten des Reichstages so rechtzeitig einberufen würde, daß bei dem Wiederausarbeiten des Reichstages die Ausschussberatungen beendet seien. Er wies darauf hin, daß die Ehescheidungsreform äußerst dringlich sei und nicht weiter hinausgeschoben werden dürfe. Abg. Brodauf (Dem.) schloß sich dem Antrag des Genossen Rosenfeld an. Der Ausschuß beschloß demgemäß, möglichst noch vor dem Wiederausarbeiten des Reichstages die Ehescheidungsreform zu Ende zu beraten.

## Tradition der Monarchie.

Die Reichswehr als Staffage.

Wir haben dieser Tage eine Reihe von Fällen angeführt, wo anscheinend aus Tradition sich Reichswehr- und Marineoffiziere sowie ganze Reichswehrabteilungen an Kriegervereinsveranstaltungen beteiligt haben, die nur den Zweck hatten, den ehemaligen Kaiser und das alte monarchistische System zu verherrlichen. Folgende Fälle liegen in der gleichen Richtung:

1. In Demmin fand am Sonntag, dem 3. Juli, ein sogenannter Manentag mit Fahnenweihe statt. Der ehemalige Schwebregiment im kaiserlichen 9. Ulanenregiment, Generalmajor Dreher hielt eine Begrüßungsansprache. Währenddem ein Kommissar in der Turnhalle stattfand, spielte die Regimentskapelle des Reichswehrrückens Nr. 6 unter Leitung des Obermusikmeisters Kramberg auf dem Turnhallenplatz. Am Sonntag wurden in Anwesenheit mehrerer Kriegervereine auf dem Marktplatz in Demmin die Fahnenweihen vollzogen durch Generalmajor Dreher. Unter Vorantritt der in Demmin stationierten Traditionsabteilung der Reichswehr marschierte dann der Festzug zum Manentag in den Sandberggraben. Hier fand die Weihe eines am Denkmal angebrachten Reliefs statt. Am Nachmittag fand man sich auf dem kleinen Ezerplatz an der Garmener Chaussee ein, wo die Traditionsabteilung der Reichswehr ein Sportfest veranstaltete.

2. Am 2. und 3. Juli fand in Darmstadt die Einweihung eines Denkmals für die hessische Artillerie statt, an der sich auch der ehemalige Großherzog von Hessen in Generalsuniform mit Söhnen und „Geolge“ beteiligten. In dieser Feier hat nach der Meinung des „Hessischen Volksfreund“, Nr. 153, vom 4. Juli 1927, die Kapelle des Reichswehrrückens Nr. 5 unter Leitung ihres Musikmeisters Hebers teilgenommen. Der Traditionsstruppenteil des Reichswehrrückens Nr. 5 war durch einen Hauptmann vertreten, der am Denkmal einen Kranz niederlegte. Nach der Kranzniederlegung erfolgte Redebeiträge an dem ehemaligen Großherzog mit seinen Söhnen. Hierzu spielte die Reichswehrkapelle, die sich am Schluß des Vorbeimarsches dem Paradeplatz vor dem ehemaligen Großherzog von Hessen angeschlossen.

3. Bei der bereits mitgeteilten Veranstaltung in Paderborn hat, wie noch ergänzend bemerkt werden soll, die 1. Eskadron des Reiterregiments 6 auch an dem Vorbeimarsch vor dem kaiserlichen General von Falkenhayn teilgenommen, jenes Falkenhayn, der in seiner Ansprache ganz besonders auch „ihre Majestät der hochseligen Kaiserin“ gedachte. Die Kapelle des Reichswehrrückens Nr. 6 befand sich an der Spitze des Kriegervereinsfestzuges.

Der Reichswehrminister erklärt das republikanische „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ für einen politischen Verein, mit dem die Reichswehr auch nicht die leiseste Luthführung halten dürfe. Doch die Militärvereinsparaden, bei denen offen und versteckt Propaganda für die Monarchie getrieben wird, finden immer wieder statt, ohne daß der Wehrminister dagegen einschreitet. Oder wird ihm „dienlich“ nichts von ihnen bekannt? Dann sollte er sich schleunigst Weidung erlassen lassen...

## Helden!

Deutschnationale und Kriegsgerätegesetz.

Bei der Abstimmung zum Kriegsgerätegesetz haben sich 40 deutschnationale Abgeordnete von 111 gedrückt, 2 haben sich der Stimme enthalten. Die Namen dieser, die sich gedrückt haben, sind:

Baylle, Berndt, Bruhn, v. Demih, Graf v. Eulenburg, Dr. Everling, Freitag, Loringhoven, Goltz, Goldacker, Graef-Thüring, Haack, Dr. Hardentamp, Dr. Hanemann, Hartmann, Hartwig, Henck, Dr. Hugenberg, Dr. Klönne, Dr. Koch-Düffeldorf, Rogemann-Hannover, Lohmann, Frau Mueller-Ostfeld, Reuhaus, Dr. Quack, Sauer, Schmidt-Hannover, Dr. Schneider, Siller, Dr. Spahn, Dr. Steiniger, Dr. Strahmann, Stubendorf, Thomsen, v. Tirpitz, Vordenselde, Dr. Werner, Dr. Wienbeck, Wolf-Stettin, Wortmit.

Enthalten haben sich der Stimme: Martin, Sachs, 40 Grundbesitzer und Untertan, 71 „Berräter“ — eine feine Fraktion. Bei der Dames-Abstimmung war das Verhältnis noch halb und halb, seitdem sind sie noch mehr in die Brüche gegangen. Für ein paar Feinlinge soll braucht man ja auch nicht mehr national zu sein.

## „Worüber klagt der Soldat.“

6 Monate Gefängnis für Ernst Friedrich.

Ernst Friedrich kommt aus den Beleidigungsprozessen nicht mehr heraus. Eigentlich wäre er alt und erfahren genug, um so zu schreiben, daß seine Gedanken durch die unangebrachte Schärfe der Ausdruckswörter an Wirkung nichts einbüßten. Er ist aber in gewisse Ausdrücke verfallen. Er wiederholt sie immer wieder und bringt sich dadurch ins Gefängnis, ohne seiner Sache zu ahnen.

Diesmal handelte es sich um zwei Anklagen. Gegenstand der ersten war ein Flugblatt: „Worüber klagt du, Soldat?“ Gegenstand der zweiten war Friedrich bereits wegen dieses Flugblattes zu einer Ge-

fängnisstrafe verurteilt worden. Durch die Amnestie wurde ihm die Strafe erlassen. Im vorigen Jahr aber kaufte sich ein Kriminalbeamter das Flugblatt. Als Verlagsort war ein Ort in der Schweiz angegeben. Ein weiteres Flugblatt wurde im Kriegsmuseum gefunden, und etwa 200 Exemplare davon konnten in den Räumen der „Freien Jugend“ beschlagnahmt werden. In diesem Flugblatt wurden die Kasernen als Mörderhöfen bezeichnet, Soldaten als Mörder und dergleichen mehr. Das Reichswehrministerium strengte erneut eine Beleidigungsklage an. Zwar erklärte Friedrich, daß er mit der Verbreitung des Flugblattes nichts zu tun habe; das Gericht verurteilte ihn trotzdem zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten. Der zweite Fall bezog sich auf einen Artikel in der „Schwarzen Fahne“. Friedrich führte darin die hohe Kriminalität der Reichswehrsoldaten und der Schupobeamten an und knüpfte an diese Tatsache Betrachtungen an, bei denen er sich seiner üblichen Ausdrucksweise bediente. In diesem Falle hatte sowohl der Reichswehrminister als der Minister des Innern die Beleidigungsklage angehängt. Das Gericht erkannte zwar die Richtigkeit der angeführten Kriminalstatistik an, stellte jedoch fest, daß sie nur in der Absicht genannt sei, um sowohl die Reichswehr als auch die Sipps herunterzureißen und sie in den Augen der öffentlichen Meinung verächtlich zu machen. Sowohl jene wie diese bedürften aber des Vertrauens des Volkes, dessen Organe sie sind. Das Gericht verurteilte für diesen Fall Friedrich zu 3 Monaten Gefängnis und zog beide Strafen zu 6 Monaten Gefängnis zusammen.

Man mag zu Friedrichs Schreibweise sehen wie man will. Daß sie aber mit so hohen Strafen belegt werden mußte, kann durchaus nicht einleuchten. Es wäre nur recht und billig, wenn die zweite Instanz an Stelle der Gefängnisstrafe auf eine Geldstrafe erkennen würde. Ernst Friedrichs Schreiben ist wahrhaftig nicht gefährlich. — Bestern fand auch eine Berufungsverhandlung gegen Friedrich statt. Er war in der ersten Instanz wegen Beleidigung der Kirche

— es handelte sich dabei um Verächtlichmachung des Zölibats — zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht verwarf die Berufung des Angeklagten.

## Südslawien und Griechenland.

Ein neues Bündnis?

Paris, 8. Juli. (Eig. Drohtbericht.) Dem „Temps“ zufolge sind in den letzten Tagen zwischen dem griechischen und dem jugoslawischen Gesandten in Paris durch Vermittlung des früheren französischen Gesandten in Athen, de Chambrin, die Grundlagen zu einem griechisch-jugoslawischem Abkommen gelegt worden. Jugoslawien soll dabei auf alle Privilegien in der Frage der Saloniki-Bahn, die mit der Souveränität des griechischen Staates unvereinbar wären, verzichtet haben.

Zwischen diesen beiden Staaten, die (vereint mit den Bulgaren) einst die Türken vom Balkan verjagt haben und auch im Weltkrieg Verbündete waren, hat längst ein Bündnis bestanden, das aber schon sehr lose geworden war. Sollte es richtig sein, daß Südslawien um den Preis der Reutknüpfung des Bandes auf so wichtige Interessen, wie die Vorzugstellung unter den Fremden in dem großen Ägäis-Hafen Saloniki verzichtet — was wir einstweilen noch dahingestellt lassen — so geschieht es gewiß, um den Damm gegen weitere Italianisierung der Balkanhalbinsel zu verstärken.

Eine Auswanderungskonferenz des Völkerbundes soll durch ein Komitee vorbereitet werden, das in Genf zusammengetreten ist. Berichterstatter ist Sokol-Polen.

## Die Knochenfunde am Ulap.

Die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben.

Die „Rote Fahne“ will trotz aller Blamage von ihren Knochenfunden nicht lassen. Je sicherer die wissenschaftliche Feststellung sich gestaltet, daß es sich um ein Gräberfeld aus alter Zeit handelt, desto hysterischer tobt sie, natürlich unter der üblichen infamen Beschimpfung des „Bormäris“, weil dieser ihren Schwandel nicht mitmacht. Wir gestatten uns in aller Ruhe folgende Hinweise:

Erstens: Die „Rote Fahne“ beliebt uns zu unterstellen, daß wir die Fundstelle für einen „Pest- oder Cholerafriedhof“ erklärten. Das ist ihre Phantasie. Schon vor mehreren Tagen hat der „Bormäris“ auf die Roabiter Chronik verwiesen, nach der unzweifelhaft feststeht, daß im Jahre 1813 (zur Zeit der Freiheitskriege) am Bestrande der damaligen Pulverfabrik ein

Massenfriedhof für russische und französische Soldaten

angelegt wurde, die in Berliner Zigaretten gestorben waren. An der Stelle der damaligen Pulverfabrik steht heute das Empfangsgebäude des Lehrter Bahnhofes. In Hand des einfachsten Planes von Berlin kann jedermann sich überzeugen, daß die Fundstelle der Knochen in geringem Abstand genau westlich von diesem Gebäude liegt, also jenseits der Stelle, wo nach der Chronik sich der Massenfriedhof befunden haben muß. Damit erklärt sich auch zwanglos die Tatsache, daß es sich nur um männliche Skelette ondscheidend jüngerer Leute handelt. Man braucht also durchaus nicht die alberne Frage der „Welt am Abend“ aufzuwerfen, ob Cholera eine „Männerkrankheit“ sei. Im Gegenteil: wenn es sich um Massenerschlagungen aus dem Jahre 1919 handelte, wäre die Wahrscheinlichkeit viel größer, auch ältere Männer oder sogar Frauen unter den Erschlagenen zu finden, als bei Angehörigen französischer oder russischer Armeen von 1813. Falls wirklich, was für uns noch keineswegs erwiesen ist, einzelne Skelette Schußverletzungen aufweisen sollten, so wäre das bei Kombattanten des Jahres 1813 auch keine besondere Wertwürdigkeit. Selbst der „Roten Fahne“ dürfte bekannt sein, daß man schon damals mit Gewehren geschossen hat.

Zweitens: Um das Gutachten des Professor Strauch zu entkräften, bringt jetzt die „Rote Fahne“ das angebliche Gutachten eines Friedhofsarbeiters, wonach sich Skelette in der Erde nicht einmal zwanzig bis dreißig Jahre halten sollen, wenigstens nicht im leichten märkischen Sandboden. Diese Behauptung muß allgemeines Schütteln des Kopfes erregen. Bekanntlich wurde beim Bau der Untergrundbahn in Reutlingen vor gar nicht langer Zeit aus dem märkischen Sandboden das jetzt im Museum aufgestellte wohlerhaltene Skelet eines Reiters samt seinem Pferde gefunden, das nach den mitaufgefundenen antiken Waffenstücken vor mindestens 1300 Jahren dort zur Beerdigung gekommen ist. Bei Kellerausgrabungen usw. in Berlin sind zu Dutzenden von Wälen (erst in den letzten Tagen wieder) Skelette aufgefunden worden, die sich als Überreste längst vergangener

ner uralter Friedhöfe herausgestellt haben. Wäre die „wissenschaftliche“ Theorie der „Roten Fahne“ richtig, so könnten wir nicht durch prähistorische Schädelknochen (Neandertal, Aurignac usw.) über das Aussehen des Urmenschen vor 100 000 und mehr Jahren belehrt werden.

Drittens: Ueber die angeblich mit den Skeletten gefundenen Attribute wechselt die „Rote Fahne“ selber ständig ihre Behauptungen. Am ersten Tag wurde von Knöpfen einer Matrosenuniform gesprochen. Davon ist es wieder gänzlich still geworden. Dann kamen selbige Stoffscheiben an die Reihe. Jetzt beruht sich die „Welt am Abend“ auf

Cinolenstücke, die gefunden sein „sollen“.

wobei aus diesem Bericht fünf Zeilen weiter eine Tatsache gemacht wird. Beide Blätter haben zwar ein paar Schädel photographiert wiedergegeben, aber keines dieser für sie doch so wichtigen Belegstücke. Wobei wir allerdings durchaus nicht daran zweifeln wollen, daß es möglich ist, sich irgend woher ein paar alte Kairoknöpfe zu beschaffen und sie photographieren zu lassen.

Viertens: Noch immer vermag die „Rote Fahne“ auch nicht die leiseste Andeutung über den angeblichen tatsächlichen Vorgang von 1919 zu machen, der doch die Ursache zu den Funden gegeben haben muß. Daß neun Jahre lang kein Zeuge einer so fürchterlichen Massenerschießung, wie sie nach den Funden stattgefunden haben müßte, sich irgendwo gemeldet hat, ist um so auffälliger, als bei der Erschießung und Begrabung von fünfzig bis hundert Menschen doch Dutzende von Personen mitgewirkt und noch weit mehr davon gewagt haben würden.

Fünftens: Die „Rote Fahne“ behauptet, wir verschwiegen, daß die Hauptmasse der Skelette oberhalb des Fundaments der Pfeiler gelegen hätte. Das trifft nicht zu. Aber die „Rote Fahne“ hat keine Erklärung für die von uns festgestellte Tatsache, wie denn ein Teil der Skelette unter den Pfeiler des Stadtbahnbogens geraten ist, wenn sie nicht schon beim Bau der Stadtbahn dort gelegen haben. Zudem ist noch gar nicht festgestellt, wieviel Skelette im ganzen unter dem Pfeiler liegen, da zu dieser Feststellung unter dem gesamten Pfeiler das Erdreich entfernt werden müßte, was automatisch zum Einsturz oder zur Senkung dieses Bogens führen würde. Soweit man jedenfalls ohne Gefahr den Pfeiler untergraben könnte, lagen Knochen unter dem Pfeiler.

Sechstens: Um der Sache noch einen letzten Ansehen von Wichtigkeit zu geben, behaupten „Rote Fahne“ und „Welt am Abend“, daß sich die Polizei neuerdings wieder mit den Funden befaßt. Wie uns vom Polizeipräsidenten mitgeteilt wird, ist auch dieses unwahr, für die Polizei ist die Angelegenheit geklärt und reiflos erledigt. Sie hat lediglich pflichtgemäß das aufgefundenen Material mit den Behauptungen der „Roten Fahne“ und „Welt am Abend“ an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

## Gerüsteinsturz in Charlottenburg.

Zwei Arbeiter schwer, ein weiterer leicht verletzt.

Auf dem Hof des Grundstückes Krumme Str. 17 zu Charlottenburg ereignete sich heute früh kurz vor 8 Uhr ein schwerer Gerüsteinsturz, bei dem sich zwei Arbeiter lebensgefährliche Verletzungen zuzogen. Ein dritter Arbeiter kam wie durch ein Wunder mit leichten Verletzungen davon.

Seit einigen Tagen sind mehrere Arbeiter mit dem Bugen der Hinterhausfassade beschäftigt, wozu ein großes Stangengerüst errichtet wurde. Heute früh, kurz vor 7 Uhr, hatten drei Arbeiter das Gerüst in der Höhe des zweiten Stockwerkes gerade betreten, als man ein laut vernehmbares Krachen vernahm. Ein stark angelegter Rekriegel (Verbindungsstück) war infolge der Belastung plötzlich gebrochen. Das ganze Gerüst stürzte zusammen und riß die Arbeiter mit in die Tiefe. Auf den Alarm „Menschenleben in Gefahr“ eilte die Feuerwehr mit mehreren Rettungswagen an die Unfallstelle und befreite die Verunglückten aus dem Gewir der Hölzer und Stangen. Die Verletzten, der Arbeiter Friedrich Schröter aus der Wartbeitz, 3 zu Reutlingen, Walter Böhm aus der Eisenacher Str. 50 zu Schöneberg und Otto Ranzhügel aus der Potsdamer Straße zu Charlottenburg wurden durch die Feuerwehr in das Krankenhaus Westend geschafft. Während Schröter nach ärztlicher Behandlung und Anlegung von Rotverbänden in seine Wohnung übergeführt werden konnte, mußten Böhm und Ranzhügel im Krankenhaus verbleiben, wo sie mit schweren inneren Verletzungen und Knochenbrüchen bedenklich darniederliegen. Die Feuerwehr nahm die Aufräumungsarbeiten an der Unfallstelle vor. Von der Polizei wurde als Ursache des Einsturzungsunglücks, wie eingangs gesagt, ein löst durchfallter Rekriegel festgestellt.

## Warum muß er schwitzen?

Es gibt eben Leute, die jeder Hitze trotzen können, die bei dreißig Grad im Schatten einen Pelz tragen. Warum sollen sie nicht, wenn es ihnen Spaß macht? Kein Mensch zwingt sie dazu; sie handeln aus eigenem Willen. Anders verhält es sich aber mit Menschen, die dazu gezwungen sind, sich wie für eine Nordpol-Expedition anzukleiden zu müssen. In diesen Bedauernswerten gehören vor allem die Berliner Schupo. In diesen Rücken, behangen mit Revolvern, Dolchen und ähnlichen Schutzrequisiten,

dazu einen schweren Helm auf dem Kopf spazieren sie durch das Dasein. Vielleicht brauchen sie das alles zu ihrem persönlichen Schutz im Kampf mit Eindringern und anderen finsternen Elementen der menschlichen Gesellschaft. Aber der Verkehrschorus ist diesen Unannehmlichkeiten nicht ausgesetzt. Er macht allein mit den Armen Freiübungen, und kein Mensch wird ihn aus heiler Haut attackieren. Warum muß er also noch Revolver und Dolch tragen? Warum trägt er, der Stundenlang in der glühendsten Hitze stehen muß, eine dicke Uniform, warum diesen schweren Helm? Soll damit demonstriert werden, daß ein Schupo alles ertragen kann? In anderen Ländern trägt der Verkehrschorus leichte Uniform und Strohhut oder Strohhelm, man nimmt Rücksicht auf ihn. Nur in Deutschland erscheint dies überflüssig.

Feuer in der UEG. Mehrere Löschzüge der Berliner Feuerwehr wurden heute vormittag gegen 11 Uhr nach der Huttenstr. 12/16 gerufen, wo in Kellerwerkstätten der UEG Feuer ausgebrochen war. Das Feuer hatte den Holzbelag einer Zentrifugenanlage ergriffen und drohte, größte Ausdehnung anzunehmen. Die Feuerwehrbeamten konnten wegen der außerordentlich starken Qualmentwicklung nur mit Rauchschuttmasken vorleben gegen den Brandherd vordringen. Es wurde aus einem B- und zwei C-Röhren längere Zeit Wasser gegeben. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis 11 Uhr mittags.

Neue Verkehrsampeln. Folgende Straßentrennungen sollen in nächster Zeit mit Verkehrsampeln ausgestattet werden: Kurfürstendamm Ecke Jansenstraße, Joachimsthaler Straße Ecke Augsburger Straße, Budapest Straße Ecke Kurfürststraße, Budapest Straße, Ecke Rünberger Straße, Rünberger Straße Ecke Augsburger Straße.

Mordalarm. Eine verdächtige Beobachtung wollten gestern abend gegen 7 Uhr Ballanten von der Kronprinzengraben und vom Reichstagsufer aus gemacht haben. In der Spree glaubten sie einen Sock treiben zu sehen, aus dem langes Frauenhaar herausging. Da man vermutete, daß man einem Verbrecher auf der Spur sei, wurde die Mordkommission benachrichtigt. Kriminalkommissar Draeger, der mit mehreren Beamten erschien, suchte mit Hilfe von Röhren das Wasser ab, konnte aber nichts Verdächtiges mehr finden. Der Reichswasserschutz, der die Nachforschungen heute früh wieder aufnahm, hat bis zur Stunde nichts entdecken können. Es steht daher noch nicht fest, ob die Beobachter nicht durch einen im Wasser treibenden Kadaver getäuscht worden sind.



